

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 102 (2008)
Heft: 11

Rubrik: In dürftiger Zeit

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Wer leben will wie Gott auf dieser Erde, muss sterben wie ein Weizenkorn, muss sterben um zu leben.»

(Katholisches Kirchengesangbuch Nr. 202, Musik: flämische Volksweise von 1856)

oder: Die Banken müssen untergehen, damit sie das Leben in Fülle haben.

• So musste es kommen, irgendeinmal. Der Kapitalismus geht unter und die *Neuen Wege*, die ein Jahrhundert lang darauf hin gearbeitet haben, nehmen es nicht zur Kenntnis, erinnern lieber an den 200-jährigen Spinner Wilhelm Weitling, der vor 150 Jahren erkannt hat: «Du musst sterben, wenn du kein Geld hast, und um welches zu erhalten, musst du dich den Bedingungen fügen, welche die setzen, die das Geld haben.» Die Ausrufung des Endes des bisherigen Kapitalismus auf alle erdenklichen Arten müssen FAZ, NZZ, Süddeutsche und ihre Gratisbrüder und -schwestern im Geiste übernehmen. Wie recht sie doch haben müssen, die alten Untergänger, die sich alles grenzenlos Ausgewachsene und untrennbar Verwirrte nicht anders als in Hinsicht auf das Ende vorstellen können.

Und doch ist der Untergang des Kapitalismus in den letzten Wochen mit einer Intensität vorgetragen worden, die neben der üblichen Lust der Rechten, den Fortgang der eigenen Sauereien als bereits untergegangenes Kulturgut zu geniessen, noch ein anderes Motiv vermuten lässt. Eine schlichte Formel, deren sicher ebenso schlichten Urheber ich leider vergessen habe, trifft das Motiv der vereinigten Leitartikler und Wirtschaftsredaktoren für ihre drastischen Drohworte gegen das Kapital: «Wenn wir wollen, dass alles so bleibt wie es ist, muss sich alles ändern.» Die Formel, so oft sie auch in den letzten Jahrzehnten zur Erklärung der «schöpferischen Zerstörung» des Kapitalismus beigezogen wurde, bedeutete nie etwas anderes, als dass man die Leute glauben machen muss, dass sich alles ändert, indem man permanent das Verschwinden und den Untergang des noch Bestehenden, aber herrschaftstechnisch nicht mehr erwünschten kulturkritisch beklagt. Und sie erweist sich jetzt als gnadenreicher Trick zur medialen Bewältigung der Finanzkrise. Indem man plötzlich den Untergang des herrschaftstechnisch immer noch erwünschten beklagt, erzielt man das Einverständnis der über

Jahrzehnte im Feuilleton kulturkritisch Eingestimmten, denen das blosse Wort vom Verschwundenen mittlerweile gleichviel gilt wie den vorkonziliaren Christen das Paradies, ein Ort nämlich, der allen in die Kinderstube schien, wo man aber nun nur heimlich immer noch hin will. Hat man dem Bürgertum, also allen kleinen und mittleren Aktionären, den fortbestehenden Kapitalismus oder namentlich seine Wertpapiere einmal solcherart im Kopf verdreht, dass die einen glauben, nicht mehr zu haben, was sie noch besitzen und die anderen nicht mehr wollen, was sie doch behalten, dann hat man den Kapitalismus erfolgreich geistig verdrängt, virtuell geähmt, idealistisch totgemacht wie damals in Deutschland die französische Revolution, der Lust des Volkes am Untergang stattgegeben, schliesslich die realen Geldverluste an der Börse umfunktioniert in den virtuellen Verlust des fortwuchernden Systems und gleichzeitig mit Staatsgeldern die Verluste real kompensiert. Wie die Propheten des alten Israel den Untergang dessen predigten, was sie erhalten wollten, so tun die Propheten des neuen Kapitalismus. Aber die reale Umkehr, die bei den biblischen Propheten noch die Bedingung für die Rettung war, ist bei den Feuilletonisten nur noch eine Umkehr in die ökonomische Romantik, gewollt und befördert aus der am Faschismus abgeschaute Erkenntnis, dass der Ursprungsmythos des funktionstüchtigen und sich selbst regulierenden Kapitalismus nach all den Krisen nur «wiederkehren kann – ungebrochen wie es für ihn notwendig ist – wenn die Gesellschaft, in der er gebrochen ist, untergeht.» So Paul Tillichs scharfsinnige Analyse der politischen Romantik von 1932 in seinem Buch «Die sozialistische Entscheidung» – nicht wissend damals, in welcher Weise seine politische Vorhersicht gerade nach dem «grossen» Untergang der Nazis für den kapitalistischen Ursprungsmythos im Deutschen Wirtschaftswunder Gültigkeit haben sollte und jetzt vielleicht für den Finanzmythos der zweiten Moderne.

Die feuilletonistische Behauptung, dass nachher nichts mehr so sein wird wie vorher, reicht aus, dass das tatsächliche Weiterbestehen aller Fundamente des alten Systems über die Krise hinaus, woran dank US-Finanzminister und Investmentbanker Hank Paulson («das Problem sind nicht die faulen Kredite, sondern Marktängste») und nach den bereits wieder gemeldeten Gewinnen

von führenden US-Banken, nicht zu zweifeln ist, im Kopf der Bildungsbürger trotzdem als wohlige Melancholie dem Verlorenen gegenüber gespeichert wird. Denn das Bühnenstück, das die Börsianer nochmals mit einem grösseren Schuss Tragik zu umgeben versucht als all die Stücke der Jahre zuvor – von Urs Widmers *Top Dogs* bis zu den singenden Brokern Christoph Marthalers – und das im Untertitel das Wort «*Abgesang*» führen wird, wird sicher in diesem Moment irgendwo im deutschen Sprachraum in einen Laptop gehämmert. Und nicht umsonst und nicht zufällig wird gerade jetzt Oswald Spenglers präfaschistischer Kassenschlager aus den 20er Jahren: «Der Untergang des Abendlandes» in Italien neu aufgelegt und an Symposien diskutiert und erfreut sich auch in Deutschland wieder wachsender Beliebtheit. Und nicht aus Zufall hat man dem Maler Anselm Kiefer, dem «raunenden Beschwörer des Untergangs» (*Tagesanzeiger*) in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels angedreht. «Gestimmtheit ist alles!» würde der Philosoph Otto von Bollnow selig jetzt sicher gerne rufen.

Und wer von den Financiers es überlebt, geht gereinigt und gestählt aus dem virtuellen Untergang hervor. Denn selbstverständlich stehen viele Banker real jetzt auf der Strasse, gehen jetzt aus Frust ins Puff und nicht mehr, um die Hause zu feiern, müssen ihr Kindermädchen entlassen oder im Gehalt zurückstufen oder sitzen im Therapiezimmer. Aber auch dies ist der normale kapitalistische Vorgang der Zurückstufung einiger Emporkömmlinge, die zeitweilig im System überzählig sind. Wir wollen ihnen trotzdem unser Mitleid zukommen lassen, es soll ihnen die Pausen versüßen zwischen den Assessments, mit denen die Verdrängten sich wohl gegenwärtig um ihre Wiederkehr in die Bankenwelt bemühen. Was aber sich tatsächlich geändert hat und wofür die Bankenkrise einst als Geburtshelferin gefeiert werden kann, ist die erfolgreiche Installierung eines gesunden Börsenklimas in den Katalog der demokratischen Grundrechte, gerade so, wie es in der niederländischen Zeitung *Trouw* zu lesen war: «Die Wähler verlangen Arbeit, billige Steuern, ein eigenes Haus, welches ständig im Wert steigt, damit sie ihre Hypotheken nicht abzulösen brauchen. Nun fordern sie auch noch ein gesundes Börsenklima.» Der grässliche

Zynismus, der die hilflosen Begehrlichkeiten der Kleinbürger als Hauptschuldige hinstellt, hat seine Berechtigung darin, dass er nur ausspricht, was seit Jahrzehnten, in der Schweiz namentlich seit der Einführung des Pensionskassenwahnsinns, Plan war: Die Umfunktionierung der Lohnabhängigen in Börsenabhängige, jeder ein Kleinaktionär, jeder über das eigene Pensionskassenguthaben über Gedeih und Verderben ans Spekulieren gebunden. Und sie geht einher mit der Abkopplung der Lohnentwicklung vom realen Geschäftsgang und der Gewinnentwicklung. Die Angestellten sindsich bereits gewohnt, die ausbleibenden Teuerungsausgleiche an der Börse wettzumachen und die real verdienten Löhne nur als Teil des Einkommens anzusehen, indem sie Lotto spielen, auf eBay kaufen und verkaufen und ins Casino oder an die Börse gehen. Womit sie, ganzlich-AG, ihr Verhalten nur denjenigen der grossen Unternehmen angeglichen haben, die ja oft ihr Geld auch eher an der Börse als in der Produktion machen. Die Aufmerksamkeit, die das Begehrten leitet, das wiederum am Ursprung einer politischen Forderung steht, hat sich deshalb bei vielen Lohnabhängigen von den Löhnen weg bewegt, mit verheerenden Folgen. Denn folgt man den Ausführungen des Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Paul Rechsteiner, überhaupt einer der wenigen linken Parlamentarier, die momentan die etwas grösseren Linien noch gerade denken können und wollen, in der WOZ, so steht am Ursprung der gegenwärtigen Krise gerade die Tatsache, «dass die Leute zuwenig verdienen und davon nicht mehr leben können», weil sie nämlich wie in den USA ihre Häuser nicht mehr halten können, weil sie sich mangels anderer Optionen auf waghalsige Finanzierungen eingelassen haben.

Wenn ein gesundes Börsenklima nun zum öffentlich akzeptierten und vom Parlament abgesegneten Kerngeschäft der Sozialpolitik geworden ist, und das viele Geld, das jetzt überall billig zu haben ist, dahin fliessen soll und nicht in dringend benötigte Infrastruktur- und Sozialprojekte, dann ist das volkswirtschaftlich und sozialpolitisch eine Katastrophe und ein weiterer Sieg, nicht eine Niederlage, der Banken und ihren politischen und feuilletonistischen Beschützern.

Rolf Bossart